

Früher war fast alles besser

Staatsausgaben, lockere Geldpolitik und Strukturreformen sollten Japans Probleme beheben. Nun verfliegt der Zauber der »Abenomics« VON FELIX LILL

Es klang so, als gingen dem Mann langsam die Erklärungen aus. Neben den zurückhaltenden Käufern im Ausland und der schwachen Binnennachfrage sei auch das Wetter schuld, sagte Wirtschaftsminister Akira Amari. Hätte im zurückliegenden Frühjahr häufiger die Sonne geschienen, so wäre Japans Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal nicht geschrumpft. Dann würde die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt jetzt auch nicht auf eine neue Rezession zusteuern.

Wie konnte das passieren? Wo doch die japanische Regierung ihre berühmte Wirtschaftspolitik namens Abenomics betreibt, benannt nach Premierminister Shinzo Abe: eine Kombination aus üppigen Ausgabenprogrammen, einer sehr lockeren Geldpolitik und wachstumsorientierten Strukturreformen.

Die Regierung bewirbt sie seit Längerem als einzige Lösung für die ökonomischen Probleme des Landes. »Japan, wir holen es uns zurück!«, hatte Abe vor drei Jahren im Wahlkampf getönt und damit versprochen, dass das Land wieder an alte Wachstumszeiten anknüpfen werde. Nun schwindet die Hoffnung.

Dabei fing alles so gut an. Mit absoluter Mehrheit stürmte Abe Ende 2012 das Amt geradezu, bald war er so mächtig wie schon lange kein Regierungschef mehr. Sechs Premierminister in sechs Jahren hatte die japanische Bürokratie zuvor verschlungen. Die Gründe für ihr jeweiliges Scheitern waren vielfältig, eines aber blieb gleich: Keiner von ihnen hatte es geschafft, die hohen Wirtschaftswachstumsraten der Vergangenheit wieder herbeizuführen.

Abe wollte es besser machen als seine Vorgänger. Und es gelang ihm vorzüglich, große Hoffnungen zu wecken. Seit dem Reaganomics, das Schlagwort für die wirtschaftsliberalen Maßnahmen des US-Präsidenten Ronald Reagan in den achtziger Jahren, wurde keine Wirtschaftspolitik mehr nach einem Regierungschef benannt. Kurz nach der Wahl Abes im Frühjahr 2013 zeigte der britische *Economist* Abe im Superman-Kostüm auf der Titelseite. Jede große Zeitung analysierte die Erfolgchancen der Reformpolitik.

Bis 1990 hatte Japan einen über Jahrzehnte fast pausenlos währenden Boom erlebt. Dann platzte eine riesige Spekulationsblase, und seitdem ist die japanische Volkswirtschaft kaum noch gewachsen. Eine Vertrauenskrise setzte eine Deflationsspirale in Gang, die Haushalte und Betriebe dazu brachte, ihr Geld aus Vorsicht lieber zu horten, als es auszugeben. Die Wirtschaft stagnierte, und allmählich verloren die Japaner den Glauben an eine bessere Zukunft.

Dank der Abenomics schien das plötzlich wieder anders zu sein. Kaum war Abe im Amt, drängte er die offiziell unabhängige Zentralbank, deren Leitzins schon seit der Jahrtausendwende an der Nulllinie lag, zu noch mehr Käufen von Staatsanleihen, als sie sie ohnehin schon tätigte.

So wollte er Inflation und dadurch Wachstum erzwingen. Mittlerweile kauft die Notenbank jährlich Schuldpapiere für 80 Billionen Yen (das sind umgerechnet etwa 601 Milliarden Euro). Die Bilanzsumme hat sich damit auf die Hälfte der japanischen Wirtschaftsleistung aufgebläht – sie ist etwa doppelt so hoch wie jene der Bank of England, die ebenfalls aggressiv Staatsanleihen erwirbt.

Gleichzeitig veranlasste Abe riesige und auf Pump finanzierte Konjunkturpakete, obwohl Japan schon mit mehr als dem Doppelten der jährlichen Wirtschaftsleistung verschuldet war.

ohnehin wenig und profitiert praktisch nicht von dem winzigen Lohnzuwachs. In der Folge verharrt der Binnenkonsum auf bescheidenem Niveau. Auch die Investitionen kommen nicht so recht in Gang.

Wohlmeinende Kritiker fordern, dass nun auch der dritte Teil der Abenomics, die versprochenen Strukturreformen, endlich umgesetzt werden müsse. Dann werde alles besser. Es sei kein Zufall, dass das Wachstum nach dem ersten Boom wieder nachgelassen habe. Die kurzfristigen Effekte von Geld- und Fiskalpolitik seien verpufft.

ist jeder vierte Japaner 65 Jahre oder älter. Im Jahr 2050 werden es 40 Prozent sein.

Der Anteil derer, die nicht mehr arbeiten und Geld verdienen, sondern von ihren Ersparnissen leben, wächst seit Jahren in hohem Tempo. 2008 erreichte die Arbeitsbevölkerung mit 66,9 Millionen Menschen ihren Höhepunkt, heute sind es 1,5 Millionen weniger. Selbst eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen, wie sie die Regierung anstrebt, dürfte diesen Trend nicht völlig aufhalten können. Um die Arbeitsbevölkerung konstant zu halten, müsste zugleich das Rentenalters

Wählern die Rückkehr zur guten alten Zeit. Bis heute sehnen sich die meisten Japaner in die späten achtziger Jahre zurück, als das Land unablässig reicher wurde und der Wohlstand immer neue Rekorde erreichte.

Die Abenomics füttern diese Sehnsucht mit Hoffnungen, obwohl kaum etwas des bisher Erreichten wirklich Substanz hatte. Auch der bemerkenswerte Anstieg des Aktienindex Nikkei 225 ist im Kern wohl eher eine Niederlage als ein Erfolg: Weil das billige Zentralbankgeld vom Finanzsektor eben nicht wie erhofft in die Realwirtschaft investiert wird und die Zinsen an der Nulllinie liegen, steckt man das Geld lieber in Aktien. Ökonomen warnen bereits vor einer neuen Blase. Jüngst stufte die Rating-Agentur Standard & Poor's Japans Kreditwürdigkeit mit der Begründung herab, die Wirtschaftspolitik greife nicht.

Mitte September wurde Abe als Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei im Amt bestätigt. Bei der Wahl gab es keinen Gegenkandidaten. Zwar ist mittlerweile weniger als die Hälfte der Japaner mit der Arbeit des Premierministers zufrieden. Weil aber auch die Opposition keine überzeugende Alternative zu bieten hat, wirkt dies nicht besonders bedrohlich. So wird Abe wohl bis zum Ende seiner zweiten Amtszeit 2018 durchregieren können.

Was aber, wenn das dritte Element der Abenomics, die Strukturreformen, nie richtig umgesetzt werden? Wird sich das große Wachstumsversprechen dann bald als großer Irrtum herausstellen?

Abe hätte seine Ziele dann wohl trotzdem erreicht. Als Herzensangelegenheit des Premiers gilt nicht die Wirtschaftspolitik, sondern die Positionierung Japans in der Welt. Abe, ein Nationalist und Enkel eines verurteilten Kriegsverbrechers und späteren Premierministers, gehört zu einer besonderen Garde japanischer Politiker. Mit der abnehmenden Bedeutung ihres Landes haben sie sich seit der Niederlage im Zweiten Weltkrieg nie wirklich abgefunden. Die pazifistische Verfassung wurde durch die USA oktroyiert, das Militär bezeichnet sich offiziell nur bescheiden als »Selbstverteidigungskräfte«.

Das alles kratzt am Selbstbewusstsein von Politikern wie Abe. Als er von 2006 an schon einmal ein Jahr lang als Premier regierte, machte er aus den Selbstverteidigungskräften ein eigenständiges Verteidigungsressort. Kürzlich stockte er das Militärbudget auf und veranlasste eine Reform der Verfassung. Unter Umständen soll es Japan künftig wieder möglich sein, Kriege zu führen.

Bei der Bevölkerung sind diese Maßnahmen unbeliebt. Wohl jeder andere Premier wäre darüber gestolpert. Die anfänglichen Erfolge seiner Abenomics haben Shinzo Abe aber offenbar einen Vertrauensvorsprung verschafft, der es ihm nun gestattet, seinem Traum von Japan als einem, wie er es nennt, »normalen Staat« ein Stück näher zu kommen.



Einsteigen, abschalten, aussteigen: Berufspendler in der U-Bahn in Tokio



Foto: Michael Wolf/laif

Und siehe da, es half. Im Frühjahr 2013 wuchs die Wirtschaftsleistung prompt um 1,3 Prozent, in den beiden darauffolgenden Quartalen jeweils um 0,6 Prozent. Die Exportwirtschaft lebte auf. Der Nikkei 225, der bedeutendste Aktienindex an der Tokioter Börse, stieg auf den höchsten Wert der zurückliegenden zehn Jahre. Abes Prophezeiung schien wahr zu werden. Vorübergehend.

In den vergangenen Jahren hatten sich die Japaner notgedrungen daran gewöhnen müssen, dass ihre Reallöhne sanken. Dass diese im April nun wieder minimal, nämlich um 0,1 Prozent, gestiegen sind, verbreitet aber keine echte Freude. Denn nach dem Platzen der Blase von 1990 wuchs das Heer der prekär Beschäftigten auf mittlerweile ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung. Dieser riesige Bevölkerungsteil verdient

Doch statt nun tatsächlich gute Finanzierungsstrukturen für Gründer und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder zu schaffen, damit mehr unternehmerische Ideen umgesetzt und Frauen stärker als bisher in den Arbeitsmarkt integriert werden können, redet die Regierung vor allem über das, was getan werden müsste. Erfolge meldet sie bisher nur in Nischenthemen wie der Liberalisierung von Medikamentenverkäufen. Ein Durchbruch ist das nicht.

Abes Versprechen von der Rückkehr der hohen Wachstumsraten von um die fünf Prozent pro Jahr ist aber nicht nur deshalb unrealistisch, weil Japan heute bereits eine der am weitesten ausgereiften Volkswirtschaften der Welt ist.

Auch die Bevölkerungsstruktur trägt einen Teil zu den Problemen bei. In keinem Land der Welt ist die Gesellschaft derart stark gealtert. Schon heute

noch viel weiter steigen. Dabei hatte man es erst kürzlich und nach jahrelangem Ringen schrittweise von 60 auf 65 Jahre angehoben. Alternativ müsste Japan bis 2050 jährlich mehr als eine halbe Million Einwanderer ins Land lassen.

Und es geht nicht nur um den arbeitenden Teil, sondern um die Größe der Bevölkerung insgesamt. Sie schrumpft in Japan seit Langem, was zu den Problemen beiträgt. Pro Kopf gerechnet sind die Wachstumsraten in Japan gar nicht mal so viel schlechter als in Volkswirtschaften wie den USA, in Deutschland oder Großbritannien. Schon vor Abes Amtsantritt galt Japan deswegen als weltweit aufmerksam beobachteter Pionierfall.

Premier Abe könnte sein Land auf diesen kaum aufhaltbaren demografischen Trend einstellen. Doch stattdessen verspricht er seinen

ANZEIGE

Förderer
BL-BANK
Sparkasse für Baden-Württemberg

7. und 8. Oktober 2015 | Liederhalle Stuttgart
RESSOURCENEFFIZIENZ- UND KREISLAUFWIRTSCHAFTSKONGRESS
Baden-Württemberg

IDEENVIELFALT STATT RESSOURCENKNAPPHEIT

www.ressourceneffizienzkongress.de

WINFRIED KRETSCHMANN
Mdl. Ministerpräsident
Baden-Württemberg

DR. NILS SCHMID Mdl.
stellv. Ministerpräsident,
Minister für Finanzen und
Wirtschaft Baden-Württemberg

FRANZ UNTERSTELLER Mdl.
Minister für Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft
Baden-Württemberg

DR.-ING. E.H. HEINZ DÜRR
Ehrenvorsitzender des
Aufsichtsrats, Dürr AG

PROF. DR. BENJAMIN R. BARBER
Political Theorist,
The City University of New York

DR. HANS-EBERHARD KOCH
Präsident, Landesverband
der Baden-Württembergischen
Industrie e. V.

DIETER MANZ
Vorstandsvorsitzender,
Manz AG

Baden-Württemberg

Jetzt kostenfrei anmelden unter www.convent.de/bodensee

10. Mittelstandstag Bodensee
13. Oktober 2015
Kultur- und Congress-Centrum Graf-Zeppelin-Haus | Friedrichshafen

Themen (Auszug)
» Smart Data: Wie Datenfluten zu Geistesblitzen werden können
» Industrie 4.0 – welche Auswirkungen ergeben sich für mittelständische Unternehmen?
» Wissen und Patente schützen: Restriktive Nutzung von Cloud-Lösungen zum Schutz vor Wirtschaftsspionage
» Unternehmensnachfolge gestalten

Veranstalter In Zusammenarbeit mit Mitveranstalter Offizieller Druckpartner
CONVENT.de DIE ZEIT Santander cewe-print.de

Partner (Auszug)
BHD CONSYX CRESCAT EBNER STOLZ
Fabasoft Google NEUE OFFENSIVE MITTELSTAND vitra.
PartnerPlusBenefit SAMSUNG SÜDKURIER